

Positionenmatrix Deutsch als Landessprache

Bürgerliche Bewahrungspartei	Partei für Gerechtigkeit und Solidarität	Partei für Engagement und Verantwortung
Leitgedanke		
Betonung der Bedeutung und Schutz der deutschen Sprache als Basis der Kultur, Geschichte und Identität.	Betonung der zentralen Stellung der deutschen Sprache ist gut, darf aber nicht zu Diskriminierung führen.	Betonung der kulturellen und sprachlichen Vielfalt
Verfassungsausschuss Notwendigkeit und Wirkung einer Verankerung im GG		
Die Zuwanderungsgesellschaft braucht gemeinsame Norm und Orientierung für Gesellschaft und Gesetzgebung.	Gemeinsame Sprache ist Grundlage für gesellschaftliche Verständigung und Identität, unabhängig von sozialem oder wirtschaftlichem Status.	Wenn Deutsch im Grundgesetz rein symbolische oder diskriminierende Wirkung hätte, wäre das fatal. Nur in Verbindung mit dem Schutz sprachlicher Vielfalt ist die Festschreibung des Deutschen als Landessprache sinnvoll.
Integrationsausschuss Auswirkungen auf die Integration der Menschen mit Migrationshintergrund		
Integration ist eine Bringschuld der Zuwandernden, nicht eine Pflicht des deutschen Staates. (Aber: staatliche Angebote sind selbstverständlich und sinnvoll.) Hervorhebung der deutschen Sprache bedeutet keine Unterdrückung anderer Sprachen, Kompetenzen und Identitäten.	Die Verankerung der deutschen Sprache soll ein Angebot zur Kommunikation an Zuwandernde sein und Offenheit signalisieren. Der Staat muss bei der Klärung der Rechte und Pflichten des Staates und der Menschen aktiv werden.	Kulturelle Vielfalt muss als Verfassungsauftrag betont werden. Die sprachlichen Kompetenzen von Einwanderern müssen anerkannt werden. Die Pflicht zum Spracherwerb muss auch für „erwünschte“ Einwanderung gelten.
Ausschuss für Kultur und Medien Folgen für Kultur- und Medienpolitik, Kultur- und Medienschaffende sowie Bevölkerung		
Eine Festschreibung des Deutschen als Landessprache bahnt einen Weg für Fördermaßnahmen (z.B. Sprachquoten). Fokussierung auf die deutsche Sprache in allen Medien dient der Integration. Fremdsprachige Inhalte wären ein integrationspolitischer Irrweg.	Der Staat nimmt die Aufgabe, die deutsche Sprache in Kultur und Medien zu fördern, bereits sehr ernst. Im Zuge der Integration wäre es sinnvoll, der Spracherwerb durch Medien und Kulturbetrieb zu fördern.	GG-Änderung darf nicht zu Diskriminierung in Kultur und Medien führen. Andere Sprachen sind dort zur Förderung der Integration wichtig. Sprache lebt und wandelt sich stets. Institutionelle Kontrolle ist unmöglich.

Positionenmatrix Direkte Demokratie

Bürgerliche Bewahrungspartei	Partei für Gerechtigkeit und Solidarität	Partei für Engagement und Verantwortung
Leitgedanke		
Die BBP steht direktdemokratischen Elementen auf Bundesebene sehr kritisch gegenüber, hat jedoch auf Landes- und EU-Ebene bereits direktdemokratischen Verfahren zugestimmt.	Die PGS befürwortet direkt-demokratische Elemente. Sie steht dem Entwurf positiv gegenüber.	Die PEV hält direktdemokratische Elemente seit Jahren für dringend erforderlich.
Innenausschuss		
Stärkung der Demokratie		
Bei Volksabstimmungen können nicht verschiedene Interessen, auch die von Minderheiten, berücksichtigt und gewichtet werden. Außerdem keine Möglichkeit wie in parlamentarischen Verfahren Gesetz nach differenzierten Anforderungen anzupassen und zu verändern	Direkte Demokratie kann das parlamentarische System sinnvoll ergänzen. Quoren müssen so definiert werden, dass Entscheidungen zwar realistisch erreichbar sind, aber zugleich ausreichende Legitimation aufweisen.	Bürgerinnen und Bürger müssen sich auch auf Bundesebene in eigener Sache einbringen können. Fristen und Quoren sind im Entwurf sinnvoll, sollten jedoch weder verschärft noch aufgeweicht werden.
Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz		
Ist das Vorhaben juristisch sinnvoll und vertretbar?		
Volksentscheide können zu Verfahrenschas führen, weil die Bevölkerung nicht alle Konsequenzen eines Gesetzentwurfes und bereits bestehende Recht überblickt.	Ausnahmebereiche für Volksabstimmungen: Haushalt und Finanzen; Maßnahmen gegen populistischen Missbrauch.	Volksabstimmungen sollten nur eingeschränkt werden, wo Grundrechte gefährdet werden könnten.
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend		
Folgen für die Jugend?		
Insbesondere Jugendliche sind anfällig für populistische Parolen. Volksabstimmungen könnten zu Zulauf bei extremistischen Parteien führen.	Bessere Einbindung verhindert Politikverdrossenheit. Jugendlichen kann ein unmittelbarer Zugang zu Politik aufgezeigt werden.	Gibt Jugendlichen Möglichkeit zur unmittelbaren Einflussnahme. Kann Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund steigern.

Positionenmatrix Sahelien

Bürgerliche Bewahrungspartei	Partei für Gerechtigkeit und Solidarität	Partei für Engagement und Verantwortung
Leitgedanke		
Bundeswehr = Instrument wertegeliteter Politik; Einsätze auch aus Solidarität mit EU-Partnern.	Konflikte verhindern, Frieden schaffen. Solidarität mit französischer Regierung.	Förderung von Menschenrechte und globaler Entwicklung sind Kernaufgabe → Militäreinsätze sind ein mögliches Mittel
Auswärtiger Ausschuss EUMISA sinnvoll und angemessen?		
Einsatz vor Ort ist notwendig, auch in Hinblick auf Flüchtlingsströme; Verlässlichkeit der EU wahren.	EUMISA allein reicht keinesfalls aus; diplomatische Begleitung ist erforderlich; Furcht vor Postkolonialismus und Einseitigkeit.	EUMISA ist ermutigendes Zeichen für verantwortliche europäische Politik. EU hat Verantwortung für friedlicher und demokratischer Entwicklung Afrikas
Verteidigungsausschuss EUMISA verantwortbar?		
Bekämpfung von Terrorismus muss unterstützt werden. Entlastung Frankreichs ist wichtig. Landesweiter Einsatz nötig.	Verhindern, dass nicht weit von Europa entfernt unregierbare Regionen entstehen, von denen aus Terrornetzwerke operieren können.	Sahelische Regierung in ihrem Bemühen um die Herstellung von Sicherheit zu unterstützen ist essentiell für weitere Entwicklung
Ausschuss für die Angelegenheiten der europäischen Union Unterstützung für europäische Partner? Stärkt EUMISA die EU?		
Positionierung Deutschlands als verlässlicher Partner. EU ist nur glaubwürdig, wenn alle Mitglieder sich einbringen. Einsatz in Sahelien wichtig in Hinblick auf Terror-Bekämpfung und Flüchtlingskrise.	EU kann sinnvoll auf globaler Ebene Einfluss nehmen und Verantwortung übernehmen, Unterstützung Deutschlands ist wichtig.	Entwicklung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik begrüßenswert, EUMISA als gutes Beispiel. Europa sollte als Friedensmacht agieren, Einsatz militärischer Gewalt nur als äußerstes Mittel.
Ausschuss für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit EUMISA nachhaltig?		
EUMISA schafft Voraussetzungen für parallele und nachfolgende Bemühungen. Auch Investitionen in Bildung und	Bildungs- und Gesundheitswesen massiv unterstützen; Korruptionsbekämpfung.	Verlangt Aktionsplan von der Bundesregierung; zentral: Staatsversagen aufarbeiten und funktionierende

ökonomische Entwicklung sind wichtig.		Verwaltungsstrukturen schaffen.
Positionenmatrix Tierschutz in der Landwirtschaft		
Bürgerliche Bewahrungspartei	Partei für Gerechtigkeit und Solidarität	Partei für Engagement und Verantwortung
Leitgedanke		
Wirtschaftlichkeit der Nutztierhaltung und Tierschutz müssen miteinander vereinbar sein. Landwirtschaft muss profitabel bleiben.	Landwirtschaftliche Nutztierhaltung sollte sich stärker an die Bedürfnisse der Tiere anpassen. Arbeitsplätze sollten dabei jedoch nicht gefährdet werden.	Artgerechtes Tierleben statt unnötiges Leiden. Nicht-kurative Eingriffe verbieten, um moderne Tierhaltungssysteme zu fördern.
Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft		
Wirtschaftliche Erfordernisse, Sonderregelungen, Kontrollen?		
Freiwillige Selbstverpflichtung sinnvoller als Eingriffe in die selbständige Handlungsfähigkeit der Betriebe. Deutsche Produzenten müssen international konkurrenzfähig bleiben können.	Verbot des Schwanzkürzens bei Schweinen sofort. Konkrete und realistische Fristen zur Abschaffung nicht-kurativer Eingriffe als verbindliche Grundlage für die Landwirte. Durch die vorgesehene Regelung der behördlichen Zustimmung besteht nur ein geringer Bedarf an Kontrollmechanismen.	Verbindliche Regelungen für Landwirte. Deutliche Verbesserung des Kontrollsystems. Sonderregelungen nur in der Übergangsphase. Weniger, dafür besser produzieren.
Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz		
Kennzeichnung und preisliche Entwicklung		
Übergangs- und Sonderregelungen müssen möglich sein, damit deutsche Verbraucher/innen weiterhin deutsche Produkte kaufen können und eine langsame Preisangleichung stattfindet.	Messbare Schritte zu mehr Tierwohl in den Ställen stärken das Verbrauchervertrauen. Aufklärungsarbeit zu Haltungsbedingungen verstärken – mündige Verbraucher/innen fördern.	Preise für tierische Erzeugnisse müssen sich an eine moderne Tierhaltung anpassen.
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit		
Tierschutz und Tierwohl		
Bewahrung der Schöpfung. Ursachen und Wirkung nicht-kurativer Eingriffe müssen noch stärker erforscht werden. Tiere als Mitgeschöpfe müssen angemessen behandelt werden, Leid nur wenn unvermeidlich.	Intensivtierhaltung soll zurückgedrängt werden, nicht-kurative Eingriffe weitgehend vermieden werden.	Forderung nach einer nachhaltigen und artgerechten Tierhaltung.

